PNP, Samstag 19.04.2025

380-kV-Leitung: Ausbaden müssen es die Kommunen

Gemeinderat kritisiert Vorgehen

Taubenbach. Bei der jüngsten Sitzung des Reuter Gemeinderates sprach Thomas Jetzlsperger die Betriebsbesichtigung bei der Wacker Chemie an. Von gewissen Aussagen dort sei er sehr enttäuscht gewesen. Es ging dabei um die Notwendigkeit der umstrittenen neuen 380-kV-Leitung zur Deckung des Energiebedarfs im Chemiedreieck. „Warum fällt ihnen erst jetzt ein, dass sie so viel Strom brauchen?“, beklagte sich Jetzlsperger. Er hätte sich mehr Weitsicht von den Firmen erwartet. Ausbaden müssten das jetzt die Kommunen.

Bürgermeister Alois Alfranseder informierte, alle von der Leitung betroffenen Bürgermeister befänden sich im intensiven Austausch mit dem Netzbetreiber. Über Einzelheiten aus den Gesprächen müsse er aber noch schweigen. Außerdem habe sich Reut mit seiner Resolution gut positioniert. „Ich sehe die Versäumnisse nicht auf Seiten der Industrie, sondern der Politik.“

Lediglich zur Kenntnisnahme waren bei der Sitzung die drei vorliegenden Bauanträge. Sie betrafen den Einbau eines Technikraums in ein Nebengebäude und die Erstellung einer Terrassenüberdachung in Randling, die Balkonerweiterung einer Austragswohnung in Schmidberg sowie einen landwirtschaftlichen Anbau in Haghub.

Wie schon in der Marktratssitzung von Tann stellte sich ILE-Umsetzungsbegleiterin Johanna Lammetter auch dem Reuter Gremium vor. Im Rahmen des Regionalbudgets für Kleinprojekte erhält der Reuter Musikverein eine neue Vereinstracht.

Kürzlich hat der Rechnungsprüfungsausschuss die Jahresrechnung 2022 unter die Lupe genommen – erstmals auf elektronischem Wege. Vorsitzender Günter Pollerspöck trug die Ergebnisse vor. Zu beanstanden gab es nichts. Ein Hinweis bezog sich auf das Defizit bei der Abwasserbeseitigung in Höhe von 52534 Euro. Eigentlich müsste die Anlage kostendeckend betrieben werden. Nach zwischenzeitlicher Erhöhung der Gebühren hat sich das Thema aber erledigt. Im Anschluss an den Bericht stellte der Gemeinderat die Jahresrechnung formell fest und entlastete die Verwaltung inklusive Bürgermeister, der von der Abstimmung ausgeschlossen war.

−frä